



## **Ausschuss für Frauenpolitik**

4. Sitzung (nichtöffentlich)

1. Dezember 2000

Dortmund - Rathaus

10.00 Uhr bis 12.35 Uhr

Vorsitz: Gerda Kieninger (SPD)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### **Verhandlungspunkte:**

Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

1

Begrüßungsworte von Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) und Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/400 und 13/402

**Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit**

Vorlage 13/280

Einführungsbericht des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit zum Kapitel 11 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann

2

- Einführungsbericht von Ministerin Birgit Fischer (MFJFG) 3
- Aussprache 10

**2 Gesundheit von Frauen und Männern in Nordrhein-Westfalen****Landesgesundheitsbericht 2000**

Vorlage 13/275

Bericht des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit 12

- Bericht durch Ministerin Birgit Fischer (MFJFG) 12
- Aussprache 16
- Der Ausschuss vereinbart, in der nächsten Sitzung das Verfahren für die geplante Anhörung festzulegen.

**3 Gründungsinitiative GENDER AKADEMIE NRW e. V.**

Vorstellung der Gründungsinitiative durch die Initiatorinnen 18

Prof. Dr. Sigrid Michel und Margareta Seiling, Vorstandsmitglieder der Gründungsinitiative, stellen die GENDER AKADEMIE NRW e. V. vor und beantworten anschließend Fragen der Ausschussmitglieder.

\*\*\*\*\*

Der zweite wichtige neue Bereich in Dortmund sei die Mikrosystemtechnik. Im Umfeld der Universität gebe es bereits bedeutende Produktionsstandorte. Nach Einschätzung der Fachleute werde die Mikrosystemtechnik einmal eine Rolle einnehmen, wie sie heute die Mikroelektronik habe.

Dritter Wachstumsbereich sei die Logistik, die auf der Lage und der guten verkehrlichen Anbindung Dortmunds im östlichen Ruhrgebiet beruhe. Spezialitäten seien hier erstens die Verbindung von Logistik und E-Commerce und zweitens die Bearbeitung der osteuropäischen Märkte. Hier komme der Stadt zu Hilfe, dass ehemalige Bergbau- und Stahl-Flächen, die gut erschlossen seien, zur Verfügung stünden.

Trotz der dramatischen Veränderungen bei Kohle, Stahl und Bier blicke Dortmund also zuversichtlich in die Zukunft. Mit dem "Dortmund-Projekt" würden ehrgeizige Ziele verfolgt. Fachleute glaubten, dass man in den nächsten Jahren 70.000 neue Arbeitsplätze in Dortmund schaffen könne. Das werde letztlich nur gelingen, wenn das Zusammenspiel zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik funktioniere. Deshalb sage er ein herzliches Glückauf - in der Hoffnung, dass die Ausschussmitglieder auch ein bisschen von Dortmund profitierten und gute Erinnerungen mitnähmen.

Daran anknüpfend betont **Vorsitzende Gerda Kieninger**, der erwartete Zuwachs an Beschäftigung biete Frauen, die in die neuen Berufe hineinstrebten, große Chancen. Es sei zu wünschen, dass im "Dortmund-Projekt" das Gender-Mainstreaming eine große Rolle spielen werde. Die Politik sollte sich auf die Fahnen schreiben, die Frauen, die ja laut KVR-Studie im Ruhrgebiet immer noch sehr benachteiligt seien, besonders zu fördern; denn es bedeute einen Standortvorteil, wenn es Frauenbeschäftigung gebe und Frauen auch in Führungspositionen seien.

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) und Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/400 und 13/402

**Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit**

Vorlage 13/280

Einführungsbericht des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit zum Kapitel 11 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann

**Ministerin Birgit Fischer (MFJFG) trägt vor:**

Ich möchte Ihnen heute in dieser ersten Runde nicht nur die nackten Zahlen vorstellen, sondern sie mit inhaltlichen Aussagen zur Frauenpolitik verbinden. Ich glaube, dass die Themen, die wir heute im Zusammenhang mit dem Haushalt ansprechen, deutlich machen werden, dass wir in der Frauenpolitik unabhängig von den Feldern Kohle, Stahl und Bier eine Menge zu bieten haben, und das ist dann sicherlich das Terrain, auf dem Frauen sich eher bewegen.

Zunächst möchte ich zwei Vorbemerkungen machen, bevor ich in den eigentlichen Haushalt einsteige. Erstens will ich stichwortartig skizzieren, wo die Schwerpunkte der frauenpolitischen Arbeit in dieser Legislaturperiode und auch im kommenden Jahr liegen werden, weil das die Grundlage für den Haushalt ist. Es sind: Gender-Mainstreaming, Frauenförderung im Beruf, insbesondere im Bereich der neuen Technologien - damit sind wir beim neuen Dortmund -, Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Sicherung und Effektivierung der frauenspezifischen Infrastruktur, Aufbau von Vernetzungsstrukturen, Schaffung von Chancengleichheit und Gerechtigkeit und gerechter Teilhabe in allen Lebensbereichen mit den Schwerpunkten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen und Gesundheit und Frauen in der Informationsgesellschaft. Diese Schwerpunkte finden sich auch entsprechend gewichtet im Haushaltsentwurf 2001 wieder.

Die zweite Bemerkung: Es ist meines Erachtens frauenpolitisch als Erfolg zu werten, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen trotz der engen Haushaltslage insgesamt und trotz der Sparzwänge für den Bereich der Frauenpolitik einen Haushalt auf hohem finanziellen Niveau vorgelegt hat. Es spricht sicherlich auch für die erfolgreiche Arbeit innerhalb der Frauenpolitik, was sich heute im Haushalt niederschlägt. Im Jahre 2000 hatte der Haushalt noch ein Volumen von 42,17 Millionen DM; der jetzige Regierungsentwurf umfasst 41,46 Millionen DM. In wenigen Titeln sind Kürzungen vorgesehen, die allesamt nicht wünschenswert, aber angesichts der Rahmenbedingungen vertretbar sind. Bei den frauenspezifischen Leistungen des Landes handelt es sich nahezu ausschließlich um freiwillige Leistungen. Auch unter diesem Aspekt denke ich, dass der Haushaltsentwurf im Frauenbereich durchaus Anerkennung verdient.

Wir haben immer wieder diskutiert, dass Frauenpolitik eine Querschnittsaufgabe ist und sich frauenpolitische Interessen und Belange und auch frauenpolitische Vorhaben in den unterschiedlichen Ressorts wiederfinden. Das heißt auch, dass wir in den Einzelplänen der Ressorts Ansätze haben, die speziell für Frauenpolitik zur Verfügung stehen. Insgesamt haben wir für die Frauenpolitik - die anderen Ressorts eingeschlossen - ein Volumen von 64,6 Millionen DM vorgesehen.

Ich möchte zur Bewertung der Einzelmaßnahmen zunächst auf die gesellschaftspolitische Ausgangssituation eingehen, vor deren Hintergrund der Haushalt zu bewerten ist. Die Ausgangssituation ist ein tiefgreifender Umbruch der Gesellschaft, der gekennzeichnet ist durch den Wandel hin zur Informations- und Wissensgesellschaft, eine Veränderung der Arbeitsgesellschaft mit den damit verbundenen Anforderungen an Bildung, Qualifizierung, Arbeitsorganisation und auch Lebenskompetenz, und durch den Übergang von der Nationalität in die Globalität.

Dies alles bringt die Auflösung oder die Veränderung sozialer und gesellschaftlicher Strukturen mit sich: Veränderungen beschleunigen sich, Komplexität nimmt zu, immer mehr Flexibilität wird gefordert. In einem solchen Umfeld der beschleunigten Veränderungen ist es besonders wichtig, dass Frauenpolitik nicht nur auf Benachteiligungen von Frauen reagiert, also sozusagen nachbessert; vielmehr muss sie aktiv gestaltend und vorausdenkend die Weichenstellungen mit beeinflussen. Nur so lassen sich Strukturen schaffen, die Frauen von vornherein gleiche Chancen ermöglichen.

Erste Priorität hat für mich dabei der Leitgedanke, der unter der Bezeichnung "Gender-Mainstreaming" inzwischen in aller Munde ist. Alle Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer zu prüfen. Jeder Politikbereich und alle öffentlichen Handlungsressourcen sind für die Ziele der Gleichstellung in die Pflicht zu nehmen. Wir wissen, dass das nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und des Verfassungsauftrages des Grundgesetzes ist. Durch die Realisierung des Gender-Mainstreaming werden auch Fachpolitiken adressatengerechter und damit effektiver und wirtschaftlicher, denn sie können in vielen Bereichen nur dann wirksam und erfolgreich sein, wenn sie auch die geschlechtsspezifischen Lebenslagen und Fähigkeiten aller Zielgruppen berücksichtigen. Alle Ressorts sind in der Verantwortung, Gender-Mainstreaming umzusetzen. Das ist für Nordrhein-Westfalen nichts Neues. Denn das, was wir seit 1994 mit dem Aktionsprogramm "Frau und Beruf" im Bereich Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik begonnen haben, hatte diese Grundlage. Das wird fortgesetzt durch die Personalpolitik nach dem Landesgleichstellungsgesetz und die Neugestaltung der EU- und kofinanzierten Arbeitsmarkt- und Strukturprogramme, die ebenfalls den Gedanken des Gender-Mainstreaming umsetzen werden.

Moderne Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit Blick auf das 21. Jahrhundert - so die Erfahrung der letzten Jahre - entstehen vor allem dann, wenn innovative Produkte auf den Markt kommen, gewachsene wirtschaftlich-technologische Standorte durch neue Schlüsseltechnologien gestärkt und Unternehmen neu gegründet werden. Ein gutes Beispiel dafür sind die Bereiche der neuen Medien und der Informations- und Kommunikationstechnologien, in denen ein deutlicher Beschäftigungszuwachs erkennbar ist.

Zukunftsträchtige Veränderungen der Berufsstruktur zeichnen sich auch in anderen Bereichen der Schlüsseltechnologien ab, beispielsweise in der Mikroelektronik, der Bio- und Gentechnologie, der Energietechnik und bei den Umwelttechnologien. Wichtig ist es hier, frühzeitig und vorausschauend Entwicklungsmöglichkeiten, Qualifikationsanforderungen und Berufsbilder zu identifizieren, um sie für Chancen für Frauen nutzbar zu machen.

Unser Ehrgeiz besteht also darin, Frauen in die Lage zu versetzen, neue Technologien nicht nur anzuwenden, sondern sie auch mitzugestalten. Sie sollen die beruflichen Chancen ergreifen können, die in diesen Berufsfeldern liegen.

Die frühzeitige Vermittlung von Medienkompetenz für Mädchen kann hierfür die ersten Voraussetzungen schaffen. Deshalb soll die "Linie I" ihre Fahrten im ländlichen Raum fortsetzen, denn immerhin verschafft sie Mädchen und Frauen außerhalb der Ballungsräume oft die allerersten Zugänge zum Internet, weckt Interesse an Zukunfts-

medien und stärkt das Selbstbewusstsein im Umgang mit neuen Technologien. Die Linie I ist ein Musterbeispiel eines bedarfsgerechten Projektes. Das zeigt schon ein Blick auf die Statistik: Vom Projektbeginn im Februar 1999 bis Ende Oktober 1999 konnten 217 Städte und Gemeinden besucht und 722 Einführungskurse durchgeführt werden. 11.000 Frauen und Mädchen haben an den Kursen teilgenommen. Noch immer übersteigt die Nachfrage das Angebot. Im Titel 546 12 ist ein Mittelansatz von 585.000 DM für die Weiterförderung der Linie I vorgesehen. Das Projekt wird auch in Zukunft durch die Arbeitsverwaltung Nordrhein-Westfalen kofinanziert.

Schwieriger wird es bei allen anderen Schlüsseltechnologien. Nach den Prognosen gehört auch ihnen vor dem Hintergrund der sich weltweit entwickelnden Wachstumsmärkte die Zukunft. Hier ist es deshalb besonders wichtig, einen Fuß in die Tür zu bekommen, d. h. die Interessen und Sichtweisen von Frauen möglichst frühzeitig einzubringen. Wir wollen daher im Sinne des Gender-Mainstreaming wichtige Aktivitäten der Ressorts auf diesen Gebieten frauenpolitisch begleiten und mit prägen.

Eine Studie über Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in diesen Bereichen in Nordrhein-Westfalen soll Wege beschreiben, wie diese Berufsbilder stärker für Frauen geöffnet werden können und wie Strategien zum Abbau bestehender Hindernisse erweitert werden können. Die Ergebnisse der Studie - sie wurde an die ISG, Sozialforschungs- und Gesellschaftspolitik GmbH, in Köln vergeben - werde ich im Rahmen einer Veranstaltung im nächsten Jahr vorstellen. Es ist geplant, daran Modellmaßnahmen anzuschließen. Für die Aktivitäten im Bereich der Schlüsseltechnologien sind in den Titeln 526 00, 541 00 und 685 10 insgesamt 350.000 DM vorgesehen.

Ein zweiter Zugang zum gleichen Thema: Um das Berufswahlspektrum von Mädchen zu erweitern, wollen wir Unterrichtsmaterialien - Broschüren und CD-ROM - für den Schulunterricht erstellen lassen. Die Materialien sollen dazu beitragen, die Berufsinteressen von Mädchen auch auf den gesamten technischen Bereich und auf zukunftsorientierte Berufe in der Informations-, Mikro-, Bio-, Gen-, Energie- und Umwelttechnologie auszudehnen. Dafür stehen im Titel 531 10 Mittel in Höhe von 80.000 DM zur Verfügung.

Ebenso steht das Thema "Zukunftsberufe für Frauen" im Mittelpunkt des vor kurzem gestarteten Landeswettbewerbs "Frauenfreundlicher Betrieb des Jahres 2000". Wir suchen vorbildliche Unternehmen, die sich bei der Ausbildung von Frauen in zukunftsorientierten Berufen engagieren, um Best-Practice-Beispiele aufzuzeigen. Die Resonanz auf den Wettbewerb ist äußerst positiv. 113 Betriebe haben sich beworben. Auch die Begleitschreiben der Betriebe sind zum Teil sehr erfreulich. Denn die Unternehmen sagen: Wir wollen Mädchen, wir sind sehr daran interessiert, sie sind besser und teamfähiger, und wir sind auf ihre Kompetenz angewiesen.

Der Landeswettbewerb wird im Jahre 2001 fortgeführt. Dafür stehen 100.000 DM im Titel 531 20 zur Verfügung. Die Preisverleihung dieses Wettbewerbs wird im Rahmen einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag erfolgen, die am 7. März 2001 durchgeführt werden soll.

Immer mehr Betriebe erkennen, dass eine frauenfreundliche Personalpolitik nicht nur sozialpolitisch wünschenswert, sondern auch betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Aber es sind noch immer zu wenige, und noch ist es eine Vision, dass Chancengleichheit selbstverständlich als integraler Bestandteil der Corporate Identity von Unternehmen und als wesentlicher produktiver Faktor gesehen wird. Hilfestellung bei der Überzeugungsarbeit erhoffe ich mir von einem geplanten Gutachten zu betriebswirtschaftlichen Aspekten der Beschäftigung und Förderung von Frauen. Durch eine Unternehmensberatung sollen Berechnungen zu Kostenvor- und -nachteilen der Beschäftigung von Frauen und auch von Männern so aufbereitet werden, dass sie von Unternehmen aufgenommen werden und bei personalpolitischen Entscheidungen Berücksichtigung finden. Dafür stehen im Titel 526 00 95.000 DM zur Verfügung.

Um beim Thema "frauenfreundliche Personalpolitik" weiter voranzukommen, möchte ich auch die Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" im Jahre 2001 fortsetzen. Ein besonderer Schwerpunkt werden dabei praxisorientierte Maßnahmen werden. Sie kennen die Agentur "KiM" - Kompetenz im Management -, die im Auftrag meines Hauses im Zentrum für Frau in Beruf und Technik in Castrop-Rauxel angesiedelt ist. Mit KiM soll das erfolgreiche Mentoring "Personal Partnership" für die Privatwirtschaft ausgebaut werden. Auch der Expertinnenpool, der Fachfrauen zu allen Sachgebieten betrieblicher Frauenförderung vermittelt, wird weitergeführt.

Darüber hinaus möchte ich die im Jahre 2000 begonnene Veranstaltungsreihe zu Best-Practice-Modellen mit einer weiteren Veranstaltungsreihe im Jahre 2001 fortsetzen. Wir möchten Handlungsoptionen für eine betriebliche Frauenförderung aufzeigen und gelungene Personalentwicklungskonzepte zur Nachahmung empfehlen. Diese Aktivitäten wollen wir durch praxisnahes Informationsmaterial mit konkreten Handlungsempfehlungen flankieren. In der Titelgruppe 70 stehen für Aktivitäten im Rahmen der Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" 420.000 DM zur Verfügung.

Außerdem werden wir mit einem Projekt "Unterstützung einzelbetrieblicher Ansätze zur Chancengleichheit" Ansätze von Betrieben, die eigene Personalpolitik frauenfreundlicher zu gestalten, durch Information, Beratung und fachliche Begleitung unterstützen. Dazu stehen im Titel 685 10 150.000 DM zur Verfügung.

Nun zu Titelgruppe 80: Zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen wurde in den letzten zehn Jahren ein Netz von Regionalstellen "Frau und Beruf" aufgebaut. Die wichtige Arbeit der Regionalstellen wollen wir weiter fördern. Darüber hinaus kann eine neue Regionalstelle im Kreis Kleve eingerichtet werden. Gegenwärtig arbeiten landesweit 46 Regionalstellen "Frau und Beruf" an 51 Standorten. Davon werden 28 Regionalstellen ausschließlich aus Landesmitteln und 18 aus Landes- und EU-Mitteln gefördert. Insgesamt sind für das Jahr 2001 7,5 Millionen DM Landesmittel vorgesehen.

Dem Problem der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der privaten Haushaltsdienstleistungen entgegenzuwirken und eine Alternative zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zu schaffen, sind die Ziele der drei Dienstleistungspools, die 1996 und 1997 gestartet wurden. Mit ihnen soll ein Beitrag zur Legalisierung und Professionalisierung der Tätigkeiten in privaten Haushalten geleistet werden. Damit können sozial-

versicherungspflichtige Beschäftigung und qualifizierte Arbeitsplätze auch in Teilzeit für Frauen geschaffen werden. Im Rahmen der Modellprojekte sollen die Möglichkeiten einer zumindest mittelfristig angestrebten Marktfähigkeit des Vorhabens ausgelotet werden. Wir haben im Hinblick auf zu erwartende bundesgesetzliche Regelungen zur Unterstützung von Dienstleistungspools und eine erfahrungsgemäß notwendige Anlaufphase von fünf Jahren die Förderung für 2001 verlängert und die entsprechenden Mittel, nämlich 815.000 DM, im Titel 546 11 ausgewiesen. Alle drei Modellprojekte werden wissenschaftlich begleitet. Dafür stehen 200.000 DM im Titel 526 10 zur Verfügung. Die Veröffentlichung des Endberichts ist im Jahre 2001 vorgesehen.

Das Projekt "Dezentrale Angebote zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen im ländlichen Raum (DAFNE)" mit der mobilen Beratungsstelle "Linie F." möchte ich ebenfalls fortführen. Damit sollen bestehende Informations-, Beratungs- und Kooperationsdefizite in den ländlichen Regionen ausgeglichen und Impulse für eine dauerhafte Verbesserung frauenspezifischer Angebote durch die regionalen Akteure gegeben werden.

Zudem ist geplant, eine weitere Beratungssäule aufzubauen, und zwar zum Thema: Möglichkeiten von Telearbeit im ländlichen Raum. Zielgruppe sind Kleinbetriebe, für die die stundenweise Weiterbeschäftigung qualifizierter Bürokräfte auch während der Familienphase von großem Interesse sein könnte. Hierfür stehen 520.000 DM im Titel 685 20 zur Verfügung.

Zum Stichwort "Existenzgründung": Im Rahmen der Gründungsoffensive "GO!" sind zahlreiche Initiativen zur Förderung der Existenzgründung von Frauen realisiert worden. Nach wie vor fehlen jedoch ein überregionales, tragfähiges Netzwerk, die frauengerechte Aufbereitung wichtiger Informationen zum Thema Existenzgründung und ein entsprechender Zugang dazu. Mit dem Aufbau eines virtuellen Unternehmerinnenforums sollen NRW-weit die Voraussetzungen für Austausch, Information und Kooperation von Gründerinnen und Unternehmerinnen geschaffen werden. Ab 2001 wollen wir deshalb das virtuelle Unternehmerinnenforum [u-netz.de](http://u-netz.de) unterstützen. Dafür stehen im Titel 685 20 100.000 DM zur Verfügung.

Die Rechte der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten haben wir durch das Landesgleichstellungsgesetz erweitert. Wir werden sie bei der Umsetzung des LGG und bei ihrer Arbeit unterstützen. Dazu gehört auch die Weiterförderung der LAG-Geschäftsstelle, die mit 250.000 DM unterstützt wird. Diese Mittel sind im Titel 684 30 eingebracht.

Als Hilfestellung für kommunale Gleichstellungsbeauftragte sind für 2001 geplant: die Erstellung von didaktischen Materialien zur Effektivierung der Arbeit, Umsetzung in den kommunalen Studieninstituten - dort sind 50.000 DM im Titel 526 00 vorgesehen -, die Darstellung von Best-Practice-Modellen im kommunalen Bereich zum LGG - dafür sind im Titel 526 00 30.000 DM vorgesehen - und ein moderierter Erfahrungsaustausch mit Gleichstellungsbeauftragten und Entscheidungsträgern zu den ersten Erfahrungen mit dem LGG - hier sind zehn Veranstaltungen geplant, für die 50.000 DM im Titel 541 00 zur Verfügung stehen. Geplant sind darüber hinaus gemeinsame Aktionswochen mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zum

Thema "Frau und Gesundheit" voraussichtlich im Herbst 2001. Hierfür sind im Titel 541 00 80.000 DM vorgesehen.

Das Thema "Gewalt gegen Frauen" ist ein weiterer Schwerpunkt der Landesregierung, der eine wichtige Rolle im kommenden Jahr spielen wird. Insgesamt sind hierfür rund 28,37 Millionen DM vorgesehen. Das sind die Titel 684 10, 684 11, 684 13, 684 20, 684 21, 684 22 und 684 40. Im Vordergrund steht die Sicherung der Opferhilfestruktur. Die Konkurrenz um öffentliche Mittel wird härter. Obwohl ihre Leistungen unbestritten sind, fürchten einige Einrichtungen um ihren Bestand. Umso wichtiger ist es, dass das Land seinen Standard hält.

Der Haushaltsentwurf sieht Folgendes vor: Die 63 landesgeförderten Frauenhäuser und 52 allgemeinen Frauenberatungsstellen werden auch 2001 weiter gefördert. Die flächendeckende Grundversorgung ist damit gewährleistet. Die bisher geförderten drei Zufluchtstätten für sexuell missbrauchte Mädchen in Bielefeld, Düsseldorf und Duisburg weiter weiterhin unterstützt. Für die Förderung der 48 Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt - die Notrufe -, die zehn spezialisierten Beratungsstellen und für die Unterbringung von Menschenhandelsopfern sind ebenfalls Haushaltsmittel vorgesehen. Neuaufnahmen von Einrichtungen sind nicht geplant. Es liegen allerdings auch keine bewilligungsreifen Anträge vor.

Den Mitarbeiterinnen und Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen, Mädchenhäusern und anderen Initiativen, die Hilfe bei Gewalt gegen Frauen und sexuellen Missbrauch von Kindern anbieten, wollen wir auch weiterhin Zuschüsse zu Fortbildungsmaßnahmen, Seminaren und Workshops zum Thema geben. Diese Veranstaltungen haben bereits in der Vergangenheit dazu beigetragen, neue Erkenntnisse in die fachliche Diskussion einzubringen und die notwendige Verbindung zwischen Theorie und Praxis immer wieder neu zu beleben. Hierfür stehen im Titel 684 40 insgesamt 200.000 DM zur Verfügung.

Für die erfolgreiche Bekämpfung von Gewalt ist Prävention vorrangig, die möglichst früh ansetzen muss. Dabei sind Programme, die bei den Stärken von Mädchen ansetzen, besonders erfolgreich. Deshalb möchte ich die Erfolgsprogramme "Selbstbehauptung und Konflikttraining für Mädchen und Jungen an Schulen" im Jahre 2001 fortführen. Die Nachfrage ist enorm groß. 1997 konnten über 350 Kurse, 1998 500, 1999 bereits 850 Kurse gefördert werden. Allein für das Initiativprogramm haben wir deshalb 2001 Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM und weitere 60.000 DM für die Qualifizierung von Übungsleiterinnen im Titel 684 40 vorgesehen.

Die Aktivitäten der Bundesregierung im Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen begrüße ich sehr. Das gilt auch für die derzeitigen gesetzgeberischen Arbeiten für ein Gewaltschutzgesetz. Wir werden gemeinsam mit dem Innenminister prüfen, ob und in welcher Form eine landesrechtliche Änderung des Polizeirechts als Ergänzung der geplanten Bundesregelungen notwendig und sinnvoll ist.

In diesem Kontext stellen sich auch Fragen der noch effektiveren Zusammenarbeit der Institutionen vor Ort, die mit Gewalt befasst sind. Darüber sowie zu Fragen der

Qualitätssicherung bei knapper werdenden Mitteln werden wir mit den frauenpolitischen Einrichtungen im Gewaltbereich unseren Dialog fortsetzen.

Zur Schaffung von Chancengleichheit und gleichberechtigter Teilhabe in allen Lebensbereichen: Geplant sind hier für 2001 die Weiterförderung der Geschäftsstelle der LAG kommunaler Gleichstellungsbeauftragter, des Frauenrats NW e. V. mit 60.000 DM im Titel 684 30, von Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, die Fortführung des Modellprojektes "Beratung und Begleitung Alleinerziehender" - Parting-Modell - mit insgesamt 300.000 DM im Titel 684 24, von Projekten zur Unterstützung ausstiegswilliger Prostituerter - "Café Kober", "Neustart" und "Madonna" - mit 480.000 DM im Titel 684 23, von Einzelprojekten wie der Kulturprojekte "Femme totale", Künstlerinnenpreis Nordrhein-Westfalen, Musikerinnenprojekt "Roxy" - die Mittel sind vorgesehen im Titel 684 30 - und die Förderung der Aktionstage "Breitensport für Mädchen und Frauen" mit 20.000 DM ebenfalls aus diesem Titel.

Zur besseren Vernetzung der frauenpolitischen Infrastruktur haben wir vor kurzem mit der Konzeptionierung des Projektes "Internetgestütztes Kommunikations- und Informationsnetzwerk für Frauen" begonnen; einfacher ist der Begriff "Frauenserver". Ziel ist es, eine Plattform im Internet zu schaffen, auf der sich die landesgeförderten frauenspezifischen Einrichtungen darstellen, informieren und austauschen können. Die verschiedenen Akteurinnen werden wir selbstverständlich bei der Planung einbeziehen. Ein Workshop wird im Januar 2001 stattfinden. Voraussichtlich im März nächsten Jahres werden wir erste Bausteine vorstellen können. Abhängig von der Erprobungsphase sollen dann im Laufe des Jahres Umfang, Beginn und Dauer des Regelbetriebs festgelegt werden. Für die Betreuung des Frauenservers sind im Haushalt Mittel in Höhe von 30.000 DM vorgesehen, und zwar im Titel 684 30, die durch Mittel des MWMEV in Höhe von 200.000 DM ergänzt werden.

Was für andere Politikfelder gilt, hat in besonderem Maße Gültigkeit für die Frauenpolitik: Sie lebt von der Kommunikation, der Information und dem Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Darum kommt der Öffentlichkeitsarbeit ein besonderer Stellenwert zu. Zu ihren Aufgaben gehört es, auf Benachteiligungen von Frauen in unserer Gesellschaft hinzuweisen, über die verschiedenen Lebenslagen von Frauen zu informieren, Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten aufzuzeigen sowie Einstellungs- und Verhaltensänderungen zu initiieren. Für die Öffentlichkeitsarbeit, zu der u. a. die Neukonzeptionierung des Frauen-Infodienstes "Wir Frauen in Nordrhein-Westfalen" gehört, stehen im Titel 531 10 insgesamt 170.000 DM zur Verfügung.

Wenn wir über frauenpolitische Öffentlichkeitsarbeit reden und über interessante Veranstaltungen nachdenken, fällt natürlich sogleich das Stichwort "top". Sie wissen, dass mir das Thema sehr am Herzen liegt. Die Gespräche über mögliche Aktivitäten und über mögliche Alternativen zur bisherigen "top" werden zur Zeit intensiv geführt. Für die erste Vorbereitung der Beteiligung an einer neuen Frauenmesse haben wir deshalb 100.000 DM im Titel 531 40 eingestellt. Ich schließe zur Zeit nicht aus, dass wir gegebenenfalls zu einer veränderten, moderneren Konzeption kommen, die

vermehrt junge Frauen anspricht und dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit einen größeren Stellenwert einräumt.

Ich glaube, der vorgelegte Haushaltsentwurf macht deutlich, dass die Schwerpunkte der Frauenpolitik, die ich für das kommende Jahr, aber auch für diese Legislaturperiode genannt habe, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt und umgesetzt werden können. Natürlich kommt dabei der Politik, die in andere Ressortbereiche hineinragt, eine besondere Bedeutung zu. Darum wird Gender-Mainstreaming auch in praktischer Form für unser Ressort eine immer größere Bedeutung erhalten. Wir wollen auch mit praktischen Lösungsansätzen auf die anderen Ressorts zugehen und versuchen, sie für die frauenpolitischen Zielsetzungen, die wir in unserem Bereich vertreten, zu gewinnen. Wir haben darüber hinaus etliche eigene Projekte, die wir mit eigenen Mitteln, eigenen Kompetenzen und eigener Zuständigkeit begleiten können. Ich glaube, dass die Chancen für das Jahr 2001 in der Frauenpolitik damit gegeben sind.

**Marianne Hürten (GRÜNE)** hat dem Bericht entnommen, dass in den "Frauenserver" nur landesgeförderte Fraueneinrichtungen aufgenommen werden sollten. Da das Kriterium, ob eine Einrichtung vom Land gefördert werde oder nicht, für die Informationssuchenden nicht unbedingt nachzuvollziehen sei, frage sie sich, ob nicht die Fraueneinrichtungen insgesamt aufgenommen werden könnten.

Weiter interessiere sie, ob diese Einrichtungen auch mit der technischen Infrastruktur ausgestattet würden, damit sie zum Beispiel für die Aktualisierung von Informationen sorgen und an der Vernetzung direkt teilhaben könnten.

Zu den Dienstleistungspools regt die Abgeordnete an, sich im Ausschuss Mitte 2001 mit den dort gemachten Erfahrungen auseinander zu setzen und dazu auch das Finanzministerium einzuladen; denn für die Zukunft hänge vieles davon ab, ob es gelinge, die steuerrechtlichen Voraussetzungen zu verändern.

**Ministerin Birgit Fischer (MFJFG)** legt dar, beim Frauenserver gehe es zunächst darum, die Struktur aufzubauen. Dies werde nur Schritt für Schritt geschehen können. Es solle damit begonnen werden, die vorhandene, aus den landesgeförderten Einrichtungen bestehende flächendeckende Infrastruktur darzustellen. Dann solle mit den Akteurinnen überlegt werden, wie der Server ausgebaut und weiterentwickelt werden könne. Ziel sei, alle Frauen-Aktivitäten auffindbar zu machen; es werde also entsprechende Links geben.

Das Frauenministerium könne nicht alle Einrichtungen, die mit dem Frauenserver arbeiten wollten, mit der erforderlichen technischen Infrastruktur ausstatten. Sie gehe davon aus, dass eine solche Infrastruktur inzwischen auch relativ selbstverständlich geworden sei.

Hinsichtlich der Dienstleistungspools werde in der Tat viel von der bundesrechtlichen Regelung abhängen. Das Ministerium wolle die Förderung im Jahre 2001 gerade deshalb noch einmal fortsetzen, weil einiges in Bewegung geraten sei, was die Chancen für die künftige Arbeit der Dienstleistungspools deutlich verbessern werde.

**Regina van Dinther (CDU)** meint, dass es den verschiedenen Fraueninitiativen vermutlich weniger darum gehe, eine technische Ausstattung zu erhalten, als vielmehr darum, dass jemand in die Lage versetzt werde, beispielsweise Internetseiten zu gestalten. Spezielle Kurse dafür würden durchaus angeboten. Vielleicht könnten die Frauenverbände und -initiativen einmal darauf hingewiesen werden, wo sie so etwas erlernen könnten.

Online-Schulungen seien ohnehin geplant, erwidert **Ministerin Birgit Fischer (MFJFG)**. Interessierte Akteurinnen sollten dort lernen können, sich aktiv ins Internet einzubringen. Es solle ebenfalls ein "Back Office", d. h. eine Anlaufstelle, bei der man sich beraten lassen könne, wenn Probleme auftauchten, eingerichtet werden. Beides sei Bestandteil der Konzeption des Frauenservers.

**Helga Gießelmann (SPD)** macht darauf aufmerksam, dass allein der Frauenrat 70 Mitgliedsorganisationen habe; es werde kompliziert sein, sie alle darzustellen. - **Ministerin Birgit Fischer (MFJFG)** bestätigt das. Das Konzept sehe vor, zweigleisig zu fahren: Zum einen solle den Einrichtungen bei der Präsentation geholfen werden, und zum anderen sollten diejenigen, die im Umgang mit dem Internet nicht so firm seien, in die Lage versetzt werden, die richtige frauenpolitische Anlaufstelle über den Server zu finden.

**Angelika Gemkow (CDU)** spricht das Thema Arbeitslosigkeit von Frauen an und fragt, ob die Landesregierung eine Konzeption zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verfolge und mit dem Haushalt Schwerpunkte setze, um Arbeitslosigkeit abzubauen, gar nicht erst entstehen zu lassen bzw. die Wiedereingliederung von Frauen zu fördern. Weiter interessiere sie, ob die Erreichung dieser Zielsetzungen auch überprüft werde.

Diese Zielsetzungen würden mit unterschiedlichen Ansätzen verfolgt, antwortet **Ministerin Birgit Fischer (MFJFG)**. Sie nennt das Ziel-3-Programm der EU, die in Kooperation mit dem Arbeitsministerium durchgeführten Maßnahmen und darüber hinaus die soeben von ihr vorgestellten Aktivitäten, mit denen versucht werde, Frauen und Mädchen in zukunfts-trächtige Berufe hineinzubekommen bzw. die Chancen ihres Zugangs zu erhöhen. Dazu gehöre auch, bei den Betrieben zu werben, mehr Frauen einzustellen und gezielt auf Frauen zuzugehen.

Die Ministerin betont, es sei Hauptzielrichtung der Landespolitik, die Arbeitssituation von Frauen zu verbessern. Dazu gehöre nicht nur, die Arbeitslosigkeit abzubauen, sondern auch zu überlegen, ob die angebotenen Arbeitsplätze Frauen wie Männern die Chance böten, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Herstellung frauen- bzw. familienfreundlicher Arbeitsbedingungen solle immer wieder thematisiert und dazu auch eine enge Kooperation mit den Betrieben gesucht werden.

Eine Erfolgskontrolle geschehe bei einzelnen Programmen, etwa Ziel 3. Bei anderen Programmen sei das schwer quantifizierbar; beispielsweise gebe es keine Erhebungen dazu, wie viele Frauen einen Wiedereinstieg in den Beruf anstrebten und wie vielen dies gelinge.

**Vorsitzende Gerda Kieninger** erinnert abschließend daran, dass der Ausschuss am 16. Februar seine Schlussberatung des Haushaltsentwurfs durchführen müsse, und bittet - nach einem entsprechenden Hinweis von **Marianne Hürten (GRÜNE)** - die Fraktionen, zu der für den 26. Januar 2001 vorgesehenen Einzelberatung, zu der alle beteiligten Ressorts eingeladen würden, etwaige besondere Auskunftswünsche, die die anderen Einzelpläne betreffen, im Ausschusssekretariat anzumelden.

## 2 **Gesundheit von Frauen und Männern in Nordrhein-Westfalen**

### **Landesgesundheitsbericht 2000**

Vorlage 13/275

Bericht des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

**Ministerin Birgit Fischer (MFJFG)** trägt vor.

Die Gesundheitsberichterstattung des Landes blickt in Nordrhein-Westfalen inzwischen auf eine lange Tradition zurück. Wir waren vor zehn Jahren das erste Land, das einen speziellen Gesundheitsbericht - damals: "Gesundheitsrapport" - vorgelegt hat. Dass dieses Exemplar nach zehn Jahren ein geschlechtsspezifisches ist, ist besonders hervorzuheben.

Es ist erstmals in diesem Jahr so gewesen, dass wir die gesundheitliche Lage, die Gesundheitsrisiken, das Gesundheitsverhalten sowie die gesundheitliche Versorgung von Frauen und Männern gesondert betrachtet haben und, soweit es möglich war, auch Vergleiche angestellt haben. Die Initiative, den Gesundheitsbericht aus einem geschlechtsspezifischen Blickwinkel heraus zu erstellen, kam aus der Erkenntnis heraus, dass es Unterschiede in Bezug auf Gesundheit und Krankheit zwischen Männern und Frauen gibt. Es fehlen eindeutig Daten, die als Grundlage notwendig sind, um eine gesundheitliche Weiterentwicklung der Versorgung spezifisch für die Interessenlagen der Frauen und der Männer zu entwickeln. Dieser Gesundheitsbericht ist eine erste Grundlage dazu. Man kann nicht davon ausgehen, dass er vollständig alle Fragestellungen, die dazu denkbar sind, aufgreift, sondern es ist ein erster Versuch, die Daten geschlechtsspezifisch zu erheben.

In den vergangenen zehn Jahren hat der Gesundheitsbericht im Lande eine sehr entscheidende Rolle gespielt. Er ist Bestandteil eines Gesamtkonzeptes. Dazu gehört zum einen diese Gesundheitsberichterstattung, ferner die Gesundheitsziele und die Gesundheitskonferenzen. In der Landesgesundheitskonferenz, in der sich die Akteure



## **GRÜNDUNGSINITIATIVE GENDER AKADEMIE NRW. e.V.**

Am 11. Februar 2000 wurde die "Gründungsinitiative GENDER AKADEMIE NRW e.V." ins Leben gerufen. Unter Beteiligung von Netzwerken und Berufsverbänden von Frauen in NRW sowie mit Unterstützung von Unternehmen, wissenschaftlichen Institutionen, Kirchen und Politik soll bis Ende 2000 die Gründung einer GENDER AKADEMIE für Gendermainstreaming und Networking vorbereitet werden.

### ***Ziele und Aufgaben der GENDER AKADEMIE***

Die GENDER AKADEMIE hat das Ziel, Frauen auf dem Weg zu Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Wissenschaft sowie in Institutionen, Verbänden und Netzwerken zu unterstützen. Sie will dazu beitragen, ihnen die angemessene Teilhabe an der Gestaltung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Prozesse zu sichern. Sie fördert die Chancengleichheit von Frauen und Männern als Managementaufgabe in allen Bereichen und vermittelt Strategien und Methoden zur Realisierung dieses gesellschaftspolitischen Ziels.

Die GENDER AKADEMIE NRW e.V.

- entwickelt ein Beratungs- und Qualifizierungsangebot für Frauen in Führungspositionen sowie für Frauen, die eine Führungsposition anstreben. Sie will Barrieren bei der beruflichen Entwicklung von Frauen identifizieren, die Potentiale von Frauen sichtbar machen und sie bei der Weiterentwicklung ihrer Potentiale unterstützen. Sie setzt sich dafür ein, dass Frauen vermehrt in Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten sind;
- bietet Unternehmen, die in ihrer Personal- und Organisationsentwicklung die Potenziale von Frauen angemessen berücksichtigen wollen, Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung an;
- organisiert ein Forum für gemeinsame Diskussionen und Aktionen für Netzwerke und Berufsverbände von Frauen.

Die GENDER AKADEMIE verfolgt den Ansatz des Gendermainstreamings, ein Konzept für eine effektive Gleichstellungspolitik, das - ausgehend von der Europäischen Union - langsam Beachtung in Deutschland findet. Gendermainstreaming zielt darauf, die Dimension der Chancengleichheit in alle politischen Konzepte und Programme aufzunehmen und die Geschlechterperspektive in alle Aspekte einer Organisation zu integrieren.

In den letzten Jahren ist Gleichstellungspolitik zu einem wichtigen Element von Organisations- und Personalentwicklung geworden. Viele Organisationen haben erkannt, dass es aus strategischen Gründen notwendig wird, die Potenziale von Männern **und** Frauen zur Durchsetzung ihrer Ziele zu nutzen. Die AKADEMIE knüpft mit ihrem Angebot an dieser Entwicklung an. Sie betrachtet das Herstellen der Chancengleichheit von Frauen und Männern als Managementaufgabe in allen Organisationen und will Strategien und Methoden zur Realisierung dieses gesellschaftspolitischen Ziels vermitteln. Sie zeigt, wie die Potenziale von Frauen im Rahmen innovativer Organisations- und Personalkonzepte (z.B. Managing Diversity, Total E-Quality Management) eingebracht werden können und welche Chancen Geschlechtergerechtigkeit für die Entwicklung der Unternehmen und Organisationen bietet.

Ein Schwerpunkt wird auf die Situation in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) gelegt. Die Ansatzpunkte, die in den letzten Jahren in den Großbetrieben entwickelt wurden, sind meist kaum übertragbar, so dass hier nach neuen Wegen zur Umsetzung von Chancengleichheit gesucht werden muss

Es besteht ein Bedarf an einem Knotenpunkt für die Aktivitäten der sich rapide ausbreitenden Netzwerke, in denen sich Frauen zusammenschließen. Diese sind stark an einer Vernetzung untereinander interessiert (empowerment), um damit den Erfahrungsaustausch zu verbessern, interdisziplinäre Kooperationsformen zu fördern und Synergieeffekte zu nutzen. Die Mitglieder der einzelnen Netzwerke finden in der AKADEMIE eine Plattform für gemeinsame Diskussionen und zur Vorbereitung von Aktionen. Diese unterstützt gemeinsame Projekte verschiedener Netzwerke bei der Planung, Implementierung und Durchführung.

Die AKADEMIE wird zu einem Kompetenzzentrum ausgebaut, das eine Qualifizierungs- und Beratungsinfrastuktur bietet und Servicefunktionen für die Netzwerke übernehmen kann.

### **Das Angebot**

Das Angebot der AKADEMIE orientiert sich am Bedarf und wird mit den Verbänden und Netzwerken in NRW sowie mit den anderen beteiligten Gruppen abgestimmt. Um ein maßgeschneidertes Angebot für die unterschiedlichen Zielgruppen zu entwickeln, wird in der Vorbereitungsphase eine breite Bedarfsermittlung bei den beteiligten Organisationen sowie bei Expert/innen durchgeführt. Die AKADEMIE sorgt dafür, dass hochrangige Expert/innen an der Programmentwicklung und -durchführung mitwirken.

Im einzelnen kann das Angebot der AKADEMIE folgende Bereiche umfassen:

- diversifizierte Managementtrainings für Frauen;
- Gender-Trainings für Frauen und Männer;
- Gleichstellungspolitik als Managementaufgabe ;
- Vermittlung von weiblichen Nachwuchskräften in Führungspositionen;
- Selbstmanagement und Persönlichkeitsbildung;
- branchenbezogene Angebote;
- Qualifizierungsangebot für Existenzgründerinnen;
- Management der politischen Arbeit;
- Gender-Consulting für Unternehmen und andere Organisationen (z.B. zu innovativen Organisations- und Personalentwicklungskonzepten, die zur Chancengleichheit in Unternehmen beitragen);
- Entwickeln und Begleiten von Mentoring-Programmen für unterschiedliche Zielgruppen;
- Gruppen- und Einzelcoaching vor Ort;
- Professionalisierung von Netzwerkarbeit etc.

Außerdem können speziell auf Unternehmen und andere Organisationen abgestimmte Maßnahmen entwickelt werden.

## **Zielgruppen**

Das Angebot der AKADEMIE wird für angehende Führungskräfte sowie für Personen in leitenden Positionen - Frauen und Männer - entwickelt. Zielgruppen sind u.a.:

- Frauen und Männer in Entscheidungs- und Nachwuchspositionen in Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Politik, Hochschulen, Verbänden, Vereinen, Netzwerken, Kirchen etc.;
- verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Personal- und Organisationsabteilungen von Organisationen;
- Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Öffentlichen Dienst sowie in Unternehmen der Privatwirtschaft etc.;
- Hochschulabsolventinnen;
- Existenzgründerinnen etc.

Die Serviceleistungen der AKADEMIE können von den Netzwerken und Verbänden ebenso wie von anderen frauenpolitisch engagierten Personen und Organisationen genutzt werden.

## ***Mitgliedschaft in der "Gründungsinitiative GENDER AKADEMIE NRW e.V."***

Mitglied im Verein können werden

- **Einzelpersonen**
- **Unternehmen, Verbände etc.** (juristische Personen, nicht rechtsfähige Vereine und Handelsgesellschaften)

Der Mitgliedsbeitrag beträgt

- **für Einzelpersonen** 100 DM (50 EURO) im Jahr
- **für Organisationen** 200 DM (100 EURO) im Jahr

Über Ermäßigungen entscheidet der Vorstand. Der Mitgliedsbeitrag ist für das Eintrittsjahr voll zu entrichten.

Außerdem besteht die Möglichkeit zur Aufnahme in den

## **Förderkreis**

Personen und Organisationen, die die Ziele des Vereins besonders unterstützen wollen, können den Status Förderinnen und Förderer beantragen. Diese bilden gemeinsam den Förderkreis, der über alle Aktivitäten des Vereins informiert wird.

**Vorstandsmitglieder der "Gründungsinitiative GENDER AKADEMIE NRW e.V."****Erste Vorsitzende:**

Dr. Monika Goldmann

sfs – Sozialforschungsstelle Dortmund

**stellvertretende Vorsitzende:**

Prof. Dr. Sigrid Michel, Ansprechpartnerin für Öffentlichkeitsarbeit

Fachhochschule Dortmund, Frauenbeauftragte

Monika Preusche

Deutsche Telekom Dortmund, Gleichstellungsbeauftragte

**Schriftführerin:**

Martina Dröttboom

Frauenreferat der Evangelischen Kirche von Westfalen

**Schatzmeisterin:**

Claudia Brümman

architektinnen initiative nw, Köln

**Beisitzerinnen:**

Dr. Ute Otten

Deutscher Ärztinnenbund e.V.

Margareta Seiling

FrauenRat NW, Katholische Frauengemeinschaft Deutschland (kfd)

**Adresse der "Gründungsinitiative GENDER AKADEMIE NRW e.V."**

**GENDER AKADEMIE NRW e.v.**

**c/o Dr. Monika Goldmann**

**Sozialforschungsstelle Dortmund**

**Evinger Platz 17**

**44339 Dortmund**

Tel. 0231/8596-221

0231/8596-220, Frau Griffiths, Sekretariat

Fax. 0231/8596/100

e-mail: [genderakademie@sfs-dortmund.de](mailto:genderakademie@sfs-dortmund.de)

**(Stand 19.5.2000)**